

Rede von Bürgermeister Bodo Klimpel zur Einbringung des Haushalts 2011 in der Ratssitzung am 15.02.2011

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute lege ich Ihnen den Haushaltsentwurf 2011 zur weiteren Beratung vor. Ich möchte gerne erwähnen, dass dies der letzte von Paul Niehues aufgestellte Haushalt ist.

Paul, ich danke Dir ganz herzlich für die geleistete Arbeit, die immer wertvoll für die Stadt war.

„Hoffnung ist eine Arznei, die zwar nie heilt, dafür aber lange zu leiden erlaubt.“

Unsere gemeinsame Hoffnung auf eine gerechtere, womöglich sogar auskömmliche Finanzausstattung ist einmal mehr wie eine Seifenblase geplatzt.

Und gerade im zurückliegenden Jahr schillerte unsere Seifenblase der Hoffnung recht vielversprechend.

Denn wie seit Jahren haben Sie, verehrte Ratsmitglieder, und die Verwaltung gemeinsam nichts unversucht gelassen, unsere finanzielle Lage zu verbessern. Wir betreiben Haushaltskonsolidierung, wir verklagen sogar parteiübergreifend unser Land, wir scheuen uns nicht, im

Rahmen der Arbeit der Finanzkommission sämtliche Strukturen auf den Prüfstand zu stellen.

Wir ziehen an einem Strang, treffen unpopuläre und teilweise schmerzhaft Entscheidungen, für die uns niemand auf die Schulter klopft. Wir werden es nicht müde, auf unsere Situation hinzuweisen und für eine Verbesserung – und zwar an allen Fronten - zu kämpfen. Wir treten gemeinsam für unsere schöne Stadt und sogar für die Region ein.

Dann erreicht uns die erste Hochrechnung zum Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 (GFG 2011), und wir erkennen:

Am Ende, meine Damen und Herren, sind wir doch immer die Dummen!

Denn statt wie erhofft durch die Neuverteilung der Schlüsselzuweisungen mehr Geld zu erhalten, weist die erste Proberechnung zum Finanzausgleich 2011 für Haltern am See gegenüber 2010 einen enormen Minderertrag aus, den ich später noch erläutere.

Wir bewegen uns also nach wie vor, trotz all unserer gemeinsamen Anstrengungen, unaufhaltsam auf die bilanzielle Überschuldung zu. Der diesjährige Fehlbedarf wird uns dieser Tragik wieder ein deutliches Stück näher bringen. Voraussichtlich wird es im Jahr 2015 so weit sein.

Im Haushaltsjahr 2011 erwarten wir Erträge i. H. von 64,9 Mio. €, denen Aufwendungen in Höhe von 87,8 Mio. € gegenüber stehen.

Ich erspare Ihnen nun die detaillierte Auflistung dieser Erträge und Aufwendungen und wende mich direkt unserem Defizit von 22,9 Mio. € zu.

Defizit, meine Damen und Herren, ist übrigens das, was man hat, wenn man weniger hat als wenn man gar nichts hätte!

Bei der Aufstellung des letztjährigen Haushaltes wurde ja auch der voraussichtliche Fehlbedarf für das Planungsjahr 2011 ermittelt.

Mit ca. 22,9 Mio. € überschreitet der Fehlbedarf den in der Ergebnisplanung des Vorjahres für 2011 prognostizierten Betrag um 3,7 Mio. €.

Lassen Sie mich nun – wie Sie es gewöhnt sind – kurz die wesentlichen Verschlechterungen und Verbesserungen aufführen, die zur Abweichung von der letztjährigen Prognose geführt haben.

An Schlüsselzuweisungen erwarten wir 5,2 Mio. € weniger, als bei der Aufstellung des Haushaltes 2010 für 2011 erwartet wurde.

700.000,00 € wird der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer geringer ausfallen, für Zinsaufwendungen benötigen wir 300.000 € mehr.

Die durch Grundstücksveräußerungen erzielten Erträge werden voraussichtlich um 300.000 € geringer sein.

An Zuschüssen für Kindertageseinrichtungen sind 300.000 € mehr zu veranschlagen, für sonstige Mehraufwendungen im Jugendhilfebereich müssen wir 200.000 € mehr ausgeben. Schließlich schlagen noch sonstige Mehrbelastungen, vor allem in Form von Energiekosten, mit 200.000 € zu Buche.

Diesen zusätzlichen Belastungen stehen aber auch einige Verbesserungen gegenüber.

So erwarten wir höhere Gewerbesteuererträge von netto 1,1 Mio. €, für die Kreisumlage planen wir 2,3 Mio. € und für Personalaufwendungen 100.000 € weniger ein, als wir dies in 2010 noch für 2011 getan haben.

In diesem Jahr gehen wir von Investitionen in Höhe von 8,6 Mio. € aus, im Vorjahr waren es 9,2 Mio. €.

Der deutlich größte Teil entfällt mit 2,7 Mio. € auf Straßenbaumaßnahmen an Baustraßen in Wohngebieten, auf die Beseitigung von Bahnübergängen, auf die Umgestaltung Hullerner Straße/Lippspieker u.a.

Für 1,3 Mio. € führen wir Hochbaumaßnahmen durch, insbesondere sind hier der Neubau der Mensa am

Schulzentrum und der Anbau am Feuerwehrgerätehaus Haltern-Mitte zu nennen.

Für die Lärmschutzwand im Baugebiet Elterbreischlag werden 180.000 € benötigt, für die dortige Gewässerverlegung sind 566.000 € einzuplanen.

110.000 € veranschlagen wir für die Errichtung von Bushaltestellen.

Sonstige Maßnahmen wie beispielsweise Sanierungen an Gebäuden oder Erweiterung der Kommunalfriedhöfe u.a. schlagen mit 244.000 € zu Buche.

Der Erwerb von Fahrzeugen und Ausstattungen im Feuerschutz wird 800.000 €, der sonstige Erwerb beweglicher Sachen des Anlagevermögens für Bauhof, Schulen und den übrigen Bereich 600.000 € in Anspruch nehmen.

Schließlich benötigen wir für den Erwerb von Grundstücken im Rahmen der Beseitigung von Bahnübergängen und Erschließungen 700.000,00 €.

Der Personalaufwand im Haushalt 2011 beläuft sich auf insgesamt 22,2 Mio. €. Diese Zahl ist übrigens auf den ersten Blick im Haushaltsplan nicht zu finden, da hier verschiedene Aufwendungen, die refinanziert werden, nicht berücksichtigt sind. Wir liegen um 140.000 € unter dem im letzten Personalkostensicherungskonzept für das Jahr 2011 prognostizierten Betrag. Im Übrigen sind in dem Personalkostenansatz wieder ca. 400.000 € enthalten, die wir

für das städtische Personal im hiesigen Jobcenter auszahlen. Diese Beträge werden an anderer Stelle im Haushalt als Erstattung wieder vereinnahmt.

Im Vergleich zum Haushaltsansatz des Vorjahres kommt es insgesamt zu einer Steigerung um 1,89 %. Bei der Steigerung ist zu beachten, dass aufgrund des letztjährigen Tarifabschlusses das Leistungsentgelt um gut 40.000 € auf 181.000 € gestiegen ist. Zudem wurde die für 2011 bereits feststehende Tarifierhebung der monatlichen Entgelte in Höhe von insgesamt 0,81 % eingeplant. Bei den Beamten wurde eine Besoldungsanpassung in Höhe von 1,5 % einberechnet. Derzeit steht noch nicht fest, ob und ggf. in welcher Höhe die Beamtenbesoldung tatsächlich angehoben wird.

Der Beihilfeaufwand ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen, so dass der entsprechende Ansatz für die Beihilfen an aktive Beamte und Pensionäre gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 130.000 € erhöht werden musste. Auch hieran wird also der demografische Wandel sichtbar. Die steigenden Beihilfekosten und die Problematik der Pensionslasten bestätigen die Entscheidung, dass wir in unserer Verwaltung Auszubildende nicht mehr als Beamte übernehmen, sondern als tariflich Beschäftigte.

In dem für die heutige Sitzung eingebrachten Stellenplanentwurf der Verwaltung kommt es erstmals seit vielen Jahren nicht zu einer Reduzierung von Stellen. Dies ist

aber nicht dadurch begründet, dass die Verwaltung den Kurs des stetigen Personalabbaus verlassen will. Diese grundsätzliche Linie wird – den haushaltswirtschaftlichen Zwängen gehorchend – weiterhin verfolgt. Es ist vielmehr die Situation zu verzeichnen, dass im Jahr 2010 keine Stellen durch das Ausscheiden von Bediensteten vakant geworden sind, die man ersatzlos hätte streichen können.

Im Gegenzug sind aber im Bereich der Feuer- und Rettungswache vorübergehend zwei Stellen mehr auszuweisen. Dies hängt mit der Übernahme von Auszubildenden zusammen, die in 2011 und 2012 ausscheidende Beamte ersetzen sollen.

Außerdem ist in einem Fall noch nicht abschließend geklärt, inwieweit ein Feuerwehrbeamter weiterhin voll dienstfähig ist. Für den Fall einer nur noch beschränkten Dienstfähigkeit des Kollegen müsste ein zusätzlicher Beamter für den Schichtdienst eingestellt werden.

Gleichwohl setzt sich auch im Jahr 2011 der Personalabbau weiter fort. Dies kommt u.a. dadurch zum Ausdruck, dass drei Mitarbeiter/-innen im Jahr 2011 in die Freizeitphase der Altersteilzeit treten werden. Für diese Bediensteten werden im Stellenplan weiterhin Stellen ausgewiesen, sie stehen aber faktisch nicht mehr zur Verfügung.

Bei der Ermittlung der vollzeitverrechneten Stellen bleiben Mitarbeiter/innen in Altersteilzeit in der Freistellungsphase ebenso unberücksichtigt wie beurlaubte Kräfte. Dadurch ist auch begründet, dass trotz der Ausweisung der beiden zusätzlichen Stellen im Feuerwehrbereich im Stellenplan 2011 die Zahl der vollzeitverrechneten Stellen mit 359,48 Stellen nahezu konstant bleibt im Vergleich zum Jahr 2010 mit 359,37 Stellen.

Bei der Berechnung der vollzeitverrechneten Stellen ist darüber hinaus zu beachten, dass die Stadt Haltern am See ab April 2011 drei Teilnehmer aus dem laufenden Programm JobPerspektive dauerhaft als Vollbeschäftigte übernimmt.

Insgesamt sind im Jahr 2009 jenseits des Stellenplans elf Beschäftigte befristet für zwei Jahre eingestellt worden. Die Personalkosten für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden durch die Vestische Arbeit bzw. das heutige Jobcenter und den Kreis Recklinghausen zu 100% erstattet. Ziel des Programms war es nie, alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dauerhaft in städtische Dienste zu übernehmen.

Die im Amtsdeutsch von sogenannten Vermittlungshemmnissen betroffenen Menschen sollten vielmehr wieder an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden. Leider bleibt aber festzustellen, dass trotz allen Engagements und der enormen Motivation der Betroffenen die Situation auf dem ersten

Arbeitsmarkt für sie sehr schwierig bleibt. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, im Rahmen zur Verfügung stehender Stellen beim Baubetriebshof bzw. im Schulbereich zumindest drei Kräfte aus dem Programm JobPerspektive unbefristet und vollbeschäftigt zu übernehmen.

Folglich konnten im Stellenplan 2011 diese Stellen nicht gestrichen werden, obwohl die bisherigen Stelleninhaber/-innen mittlerweile Erwerbsunfähigkeitsrenten beziehen.

Eine weitere Förderung der drei Beschäftigungsverhältnisse durch das Jobcenter ist beantragt. Es sieht aber so aus, dass es keine komplette Refinanzierung mehr geben wird, sondern vermutlich eine Förderung in Höhe von ca. 65 % der Lohnkosten erfolgt.

Es verbleiben also städtische Eigenanteile, die ich aber für vertretbar halte, weil die drei Beschäftigten als Hausmeisterassistent auf dem Kommunalfriedhof, Helfer in der Grünflächenpflege und Schulhausmeistergehilfe auch gute Arbeiten verrichten. Hier kann also die soziale Verantwortung der Stadt Haltern am See als Arbeitgeber gut mit den personal- und haushaltswirtschaftlichen Zwängen in Einklang gebracht werden.

Meine Damen und Herren,
das Land regelt die finanzielle Unterstützung seiner Städte im Gemeindefinanzierungsgesetz. Im Rahmen des kommunalen

Finanzausgleiches erhalten die Städte Schlüsselzuweisungen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben.

Nun hat die Landesregierung den Gesetzentwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 (GFG 2011) beschlossen.

Wird dieses GFG so verabschiedet, bedeutet es für uns Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen gegenüber 2010 in Höhe von insgesamt 6,2 Mio. €. Wir erhalten dann in diesem Jahr nur 4,7 Mio. €, so wenig haben wir zuletzt im Jahr 1991 bekommen!

Der Minderertrag von 6,2 Mio. € teilt sich folgendermaßen auf:

1,8 Mio. € bekommen wir weniger, da die Steuerkraft aller Gemeinden im Land NRW zusammen hinter der Steuerkraft des Vorjahres zurückbleibt und dies systembedingt zu einer Verringerung des Grundbetrages führt.

3 Mio. € geringere Schlüsselzuweisungen bekommen wir aufgrund unserer erhöhten Steuerkraft. Zunächst einmal ist es ja erfreulich, dass wir 2010 Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 3,7 Mio. € verzeichnen konnten. Hierdurch – und das ist das Entscheidende – verbesserte sich das Defizit 2010 von 18,9 Mio. € auf 15,2 Mio. €.

Also, wenn Sie so wollen, von ganz großem Mist auf nur noch großen Mist.

Diese Verbesserung erhöhte unsere Steuerkraft, was zu den Mindererträgen in Höhe von 3 Mio. € an Schlüsselzuweisungen

in 2011 führt. Wir werden an dieser Stelle also unmittelbar für die höheren Gewerbesteuererinnahmen „bestraft“.

Mindererträge in Höhe von 1,4 Mio. € sind jedoch allein durch die Veränderungen der Grunddaten entstanden. Hier wirkt sich vor allem der höhere Soziallastenansatz aus. Der Gewichtungsfaktor wurde von 3,9 im Vorjahr auf 9,6 angehoben.

Wir sind die einzige Stadt im Kreis Recklinghausen, die durch diese Grunddatenanpassung Verluste hat, alle anderen Städte können an dieser Stelle – wenn Sie so wollen – „Gewinne“ verzeichnen.

Aber natürlich haben wir wie immer nicht wirklich einen Grund, uns aufzuregen. Denn die Landesregierung weist gleich darauf hin, dass nach den statistischen Daten der Gewichtungsfaktor **eigentlich** auf 15,3 hätte angehoben werden müssen. Dann hätten wir statt der 1,4 Mio. € Verluste in Höhe von 2,6 Mio. € hinzunehmen.

Eigentlich haben wir also wohl Glück gehabt, wir können es wohl lediglich mal wieder nicht erkennen.

Eine völlig andere Wahrnehmung hat übrigens offenbar auch MdL Andreas Becker von der SPD aus dem schönen Recklinghausen. Mit beeindruckender Ignoranz stellte er in der Recklinghäuser Zeitung am 05. Februar fest, dass die Städte im Kreis zu den Hauptgewinnern der Veränderungen beim GFG 2011 gehören.

Zu schade, dass er heute nicht hier ist. Vielleicht könnte er uns das mal erklären, dass auch wir den Hauptgewinn erkennen können.

Diese Aussage von Herrn MdL Becker ärgert mich, denn ich erwarte insbesondere Unterstützung von denen, die sich im Landtagswahlkampf 2010 für eine Verbesserung der Kommunalfinanzen ausgesprochen haben. Und das war nun mal in herausragender Weise die SPD.

Sie hatte damit geworben, sich im Falle der Regierungsverantwortung für die Städte und Gemeinden stark zu machen, also dafür zu sorgen, dass die schlechte Finanzausstattung deutlich verbessert wird.

Zunächst, unmittelbar nach der Regierungsbildung, zeigte die SPD geführte Landesregierung durchaus auch Verständnis für unsere Situation und versprach Hilfe. Nun aber, ungefähr ein Jahr und eine Hochrechnung zum GFG 2011 später, mag sich die SPD an ihre Versprechen offenbar nicht mehr so recht zu erinnern.

Meine Damen und Herren, die Veränderung der Grunddaten belastet uns auch noch an anderer Stelle, mithin doppelt.

Da sich alle anderen kreisangehörigen Städte über Mehreinnahmen an Schlüsselzuweisungen freuen können, erhöht sich nämlich die Finanzkraft des Kreises insgesamt.

Hierdurch – Sie ahnen es schon – erhält der Kreis selbst um 14,9 Mio. € geringere Schlüsselzuweisungen. Er wird gezwungen sein, diese Mindererträge auszugleichen. Womit wird er das wohl tun, was meinen Sie?

Ja, wir sind also über die Kreisumlage noch einmal mit dabei.

Ich fordere die Landesregierung auf, den Entwurf des GFG 2011 in einem transparenten, offenen und fairen Verfahren mit Vertretern der Städte und Gemeinden zu beraten. Dafür stehe ich persönlich jederzeit zur Verfügung.

Zusammen mit Michael Zimmermann konnte ich bereits am 21. Januar die Auswirkungen des GFG 2011 mit dem finanzpolitischen Sprecher der Fraktion Die Grünen im Landtag, Herrn MdL Mostofizadeh, bei einer Veranstaltung in Düsseldorf diskutieren. Für dieses konstruktive Gespräch bedanke ich mich bei Michael Zimmermann ganz herzlich. Ich freue mich auf die Fortsetzung dieses Gesprächs am 18. Februar, diesmal hier in Haltern am See.

Dankenswert ist auch, dass Sie, Herr Wiengarten, unmittelbar nach Bekannt werden der negativen Auswirkungen des GFG 2011 an unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft geschrieben haben. Die Antwort steht wohl noch aus.

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir in Haltern am See setzen uns für die Interessen unserer Heimat ein, egal welcher Partei wir angehören. Leider ist das nicht überall so.

Der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Frank Schwabe erklärte in der WAZ am 09. Februar, dass der Kreis Recklinghausen unter Rot-Grün gegenüber der Situation unter Schwarz-Gelb schlechter gestellt würde sei allerdings grob falsch.

Das GFG sei kompliziert und biete deshalb Möglichkeiten der Fehlinformation.

Es hätte Herrn Schwabe gut getan, einmal die Nase aus seinem Parteibuch zu nehmen und sich mit den tatsächlichen Zahlen auseinander zu setzen. Dann hätte er sich seine Aussage, es gebe jetzt eine rotgrüne Landesregierung, die endlich begriffen habe, dass die Kommunen gerade in dieser Region sich nicht selbst helfen können, doch noch einmal überlegt.

Ich hatte übrigens auch Gelegenheit, mit dem Bundestagsabgeordneten Michael Groß gemeinsam mit Beate Pliete u.a. über unsere Finanzprobleme zu sprechen. Herr Groß sicherte mir zu, Frau Ministerpräsidentin Kraft um Nachbesserung zu bitten.

Der kommunale Finanzausgleich muss fair, zielsicher, transparent und gerecht ausgestaltet werden. Wie man jetzt mit uns umgeht, ist nicht fair und zeugt von unglaublicher Ignoranz!

Alle Bedarfe der Kommunen müssen zeitnah erfasst und die Lasten der kommunalen Ebene insgesamt gerecht und ehrlich aufgenommen werden.

Allein die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II als Indikator zur Abbildung des Bedarfes im Bereich der sozialen Leistungen greift zu kurz.

Vielmehr ist es für einen gerechten Finanzausgleich erforderlich, dass auch die anderen sozialen Aufwendungen der Kommunen wie beispielsweise die Grundsicherung für Erwerbsunfähige, die Jugendhilfe sowie für Pflegebedürftige in einen Soziallastenansatz einfließen müssen.

Es ist außerdem unerlässlich, die besonderen Lasten der Kommunen für die Vorhaltung kommunaler Infrastruktur bei einem Ausgleich zu berücksichtigen. Insofern halte ich es für dringend notwendig, in den kommunalen Finanzausgleich endlich einen Flächenansatz einzuführen.

Ich fordere gleichfalls den Bund auf, sich an den explosionsartig ansteigenden, durch Bundesgesetze verursachten kommunalen Lasten dauerhaft und angemessen zu beteiligen.

Dieses unwürdige Geschacher in Berlin muss endlich aufhören!

Meine Damen und Herren, bei dem neuen GFG gibt es Gewinner und – leider, leider – Verlierer. Es lohnt sich also mal zu schauen, wem es denn nun nutzt.

Ich hab mir beispielsweise auch einmal die drei Städte Duisburg, Köln und Mülheim an der Ruhr angesehen. Duisburg erhält 5,2 Mio. €, Köln 80,7 Mio. € und Mülheim an der Ruhr 4 Mio. € mehr als im Jahr 2010. Sie möchten nun sicher wissen, warum ich ausgerechnet diese Städte ausgesucht habe.

Nun, hier wohnen unser Innenminister, unser Finanzminister und unsere Ministerpräsidentin.

Ein Tor, der etwas Böses dabei denkt.

Gemeinsam mit Landrat Cay Süberkrüb, Kreisdirektor Roland Butz und meinen Bürgermeisterkollegen Wolfgang Pantförder und Johannes Beisenherz hatte ich am 03. Februar Gelegenheit, mit unserem Innenminister Ralf Jäger über die für unseren Kreis so fatalen Auswirkungen des GFGs zu diskutieren.

Falls man es überhaupt Diskussion nennen kann, wenn auf die vorgebrachten Argumente nicht eingegangen wird, man stattdessen mit dem Hinweis auf „bedauerliche Einzelschicksale“ abgespeist wird.

Mir drängt sich deshalb auch die folgende Frage auf:

Was würden SPD und auch die Grünen eigentlich – auch mit Hilfe der Gewerkschaften –veranstalten, wenn es noch eine schwarz-gelbe Landesregierung gäbe, die solch einen katastrophalen Landeshaushalt aufgestellt hätte? Erstaunlich ist

für mich an dieser Stelle, dass sich die im vergangenen Jahr mobilisierten Gewerkschaften bisher so zurückhalten.

Es bleibt letztlich die Ihnen längst bekannte Forderung an die Verantwortlichen in Düsseldorf aber auch in Berlin, endlich die Nöte der Kommunen zu berücksichtigen.

Wir in Haltern am See und natürlich auch die vielen anderen Städte können mit Fug und Recht behaupten, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben.

Wir haben in vielen Jahren mit der großen Mehrheit des Rates erhebliche Konsolidierungsanstrengungen unternommen und werden sie auch weiterhin unternehmen.

Ganz aktuell haben wir wieder ein schönes Beispiel, Stichwort Asylbewerber, wie uns gravierende finanzielle Belastungen mal eben so aufs Auge gedrückt werden.

Der Rat der Europäischen Union (EU) hat die Visumpflicht für die Bürger Serbiens und Mazedoniens aufgehoben, da diese Staaten als potenzielle EU-Beitrittskandidaten auf einem guten Weg seien, die Voraussetzungen für einen Beitritt zur EU zu erfüllen.

Daraufhin sind serbische und mazedonische Staatsangehörige in die EU, also auch nach Deutschland eingereist, und haben Asyl beantragt. Wohlgemerkt, aus Staaten, die angeblich nahezu die Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllen.

Diese Personen haben Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diese Kosten tragen zu 100 % die aufnehmenden Gemeinden. Es gibt zwar eine Landeserstattung, die tatsächlichen Kosten werden jedoch nicht ausreichend gedeckt.

In 2010 ist die Zahl der in Haltern am See neu zugezogenen Asylbewerber um 400 % von 9 auf 47 Personen angestiegen, 37 dieser Personen kommen aus Serbien oder Mazedonien.

Die entsprechende Landeszuweisung ist für 2011 jedoch nur um ca. 20 % erhöht worden.

Die aufgewendeten Mittel belaufen sich in 2010 auf rund 98.000,00 €, wobei die Kosten für Instandsetzung und –haltung der Asylbewerberunterkünfte noch nicht inbegriffen sind.

Da sich Asylverfahren erfahrungsgemäß über mehrere Jahre hinziehen, müssen wir für 2011 noch mal 170.000,00 € zusätzlich einplanen.

Übrigens ist ab 2011 auch für Albanien und Bosnien die Visumpflicht aufgehoben worden, wir wissen also, was uns erwartet.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es mag sein, dass wir manchmal die Richtung, aus der uns zusätzliche Belastungen treffen, nicht vorhersehen können.

Aber dass sie kommen, ist mittlerweile so sicher wie das Amen in der Kirche.

Die Städte und Gemeinden können diese Belastungen nicht weiter hinnehmen. Und zwar nicht etwa aus Rebellion, sondern weil sie längst schlicht ums Überleben kämpfen.

Die kommunale Finanznot wird wesentlich durch die Aufwendungen für die soziale Sicherung geprägt. Bei den NRW-Kommunalfinzen klafft in den ersten drei Quartalen 2010 ein Loch von mehr als 2,5 Milliarden € zwischen Einnahmen und Ausgaben. Hier muss der Bund endlich handeln und mehr Geld für Sozialausgaben bereit stellen.

Leider ist das Gegenteil der Fall. Die Beteiligung des Bundes an den Kosten für Heizung und Unterkunft wurde im Jahr 2010 auf bundesdurchschnittlich 23,6 % abgesenkt. Eine an den tatsächlichen Ausgaben- und Belastungsverlauf gemessene Beteiligungsquote des Bundes hätte 2010 aber bei 35,8 % liegen müssen.

Der immense Anstieg der Soziallasten – in den letzten 10 Jahren bundesweit von 26 auf mehr als 40 Milliarden € - wird die Kommunen also weiter in den Ruin treiben.

Soziallasten sind auch Staatslasten und keinesfalls nur Kommunallasten.

Deshalb fordere ich Herrn Bundesfinanzminister Schäuble auf, die Finanzreformgespräche energisch voranzutreiben und endlich entlastende Lösungen für uns zu finden.

Angesichts dieser Folie wundern Sie sich bestimmt, warum ich in meiner sonst doch eher seriösen Haushaltsrede plötzlich einen Cartoon präsentiere. Denn anders ist diese Vorschrift doch nun wirklich angesichts der verzweifelten Finanzlage der Kommunen, die reihenweise in die bilanzielle Überschuldung abdriften, nicht mehr ernsthaft zu verstehen, oder?

Sie entspricht in etwa einem Schild an unserem Stausee, auf dem „Ertrinken strengstens verboten“ stehen könnte.

Gegebenheiten werden schlicht ignoriert.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Gemeinsam mit dem Kreis haben die Städte eine Gesamtverschuldung von 2,38 Milliarden € angehäuft.

Ungeachtet des Verbots der Überschuldung werden sämtliche 10 Städte des Kreises Recklinghausen bis 2015 in die bilanzielle Überschuldung abgleiten.

Der ganze Kreis, meine Damen und Herren, wird von einer sich aus seiner Bevölkerungsstruktur ergebenden irrwitzigen Sozialkostenbelastung erdrückt, die ihn zwingt, alle seine Städte mit in die Pleite zu ziehen. Das kann so nicht weiter gehen. Die Städte können nicht weiter aufgrund gesetzlicher Verpflichtung ganz wesentlich den Lebensunterhalt eines großen Teils ihrer Bevölkerung finanzieren.

In den vier Kreisen im Münsterland leben insgesamt rund 88.000 Menschen von Hartz IV. In unserem Kreis sind es allein ca. 75.000 Menschen.

Das System der staatlichen Finanzaufweisungen sieht solche Belastungen überhaupt nicht vor, und wenn dann – wie aktuell beim GFG – auch an der Stellschraube „Soziallastenindex“ gedreht wird, sieht man an unserer Stadt – leider – erschreckend deutlich, wie kaputt das System ist.

Bricht man übrigens die Schlüsselzuweisungen nach dem GFG 2011 auf Einwohner herunter, so beträgt der Durchschnitt in NRW 74,85 € pro Einwohner. Im Kreis Recklinghausen erhalten wir pro Einwohner 31,96 €, im Kreis Coesfeld 125,90 €.

Das verstehe wer will!

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

wer sich selbst hilft, dem wird auch geholfen. Jedenfalls sollte es so sein. Zur Sicherung zukunftsorientierter

Fördermöglichkeiten haben der Kreis und wir angehörige Städte in Kooperation mit der Bezirksregierung weitreichende Beschlüsse zur Neustrukturierung unserer Aufgaben gefasst. Ziel ist eine möglichst effektive, wirtschaftliche sowie nachhaltige gemeinsame Erledigung dieser Aufgaben.

Da Sie, geehrte Ratskolleginnen und –kollegen, sich Ihrer Verantwortung für Haltern am See bewusst sind, haben Sie die Beschlüsse bislang mitgetragen und ein klares Signal in der letzten Ratssitzung gesetzt.

Unter anderem werden wir kreisweit einheitliche Hebesätze der Realsteuern anstreben. Für Haltern am See erwarten wir hierdurch ab 2012 Mehreinnahmen bei den Realsteuern in Höhe von rund 600.000 € pro Jahr.

Wir können uns zwar nicht aus eigener Kraft aus unserer Finanznot retten, wir lassen aber gemeinsam nichts unversucht.

Deshalb fordern wir jetzt mit allem Nachdruck die Hilfe von Land und Bund ein. Die Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Kommunen muss endlich auf den Prüfstand. Anders wird es kein kommunales Überleben geben.

Meine Damen und Herren,
wie der ideale Haushalt aussehen muss, hat bereits 600 vor
Christi der griechische Staatsmann Pittakos auf den Punkt
gebracht:

„Der Haushalt ist der beste, worin man nichts Überflüssiges will,
nichts Notwendiges entbehrt“

Nicht mehr wollen wir, aber auch nicht weniger.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit